

Goodnews vom 28.01.20

goodnews4-Protokoll zur Gemeinderatssitzung

Erneute Frist für Schloss-Eigentümerin Al Hassawi – "Die CDU verkauft den Bürgern seit vielen Jahren einen Traum..." – Rede- verbot für FDP-Stadtrat Pilarski im Baden-Badener Rathaus



Schloss-Eigentümerin Fawzia Al Hassawi bekommt vom Gemeinderat vier Wochen Zeit, um sich zu "bewähren". Foto: Archiv

Baden-Baden, 28.01.2020, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch **«Wollen Sie weiter an dem Bebauungsplan festhalten? Die CDU verkauft den Bürgern seit vielen Jahren einen Traum...» FDP-Fraktionsvorsitzender Rolf Pilarski wollte gestern Abend im Rathaus gerade begründen, warum er gegen den Vertagungsantrag der Grünen zum Neuen Schloss gestimmt hatte, da fuhr ihm die Oberbürgermeisterin und Sitzungsleiterin Margret Mergen, CDU, in die Parade. Sie begründete ein Redeverbot für den verdutzten FDP-Stadtrat mit der Geschäftsordnung des Gemeinderats, nach der angeblich keine Stellungnahmen zu dem Antrag zugelassen seien.**

Dieser Rechtsauffassung widersprach am Ende der Sitzung Stadtrat Markus Fricke, FBB, worauf OB Mergen eine Antwort des Rechtsamtes der Stadt in Aussicht stellte. Trotz des umstrittenen Redeverbots und der erneuten Schonfrist dürfte es für die kuwaitische Schloss-Eigentümerin Fawzia Al Hassawi in Zukunft schwieriger werden, mit ihren Hinhaltenmanövern weitere Jahre des Stillstandes für das Spekulationsobjekt Neues Schloss herauszuschinden.

Die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von Grünen, FBB und FDP zur Aufhebung des Bebauungsplans wurde gestern Abend bei der turnusmäßigen Sitzung des Gemeinderats doch noch einmal auf Antrag der Grünen um vier Wochen vertagt. «Einige positive Signale» habe es gegeben, erklärte die grüne Fraktionschefin Iding-Dihlmann, die wohl diese Signale aus zweiter Hand von der Oberbürgermeisterin erhalten hatte. Frau Al Hassawi will sich nun einmal mehr erklären. Am 13. Februar wolle sich ein Vertreter der Schloss-Eigentümerin in der öffentlichen Bauausschusssitzung zu Wort melden, gab Alexander Uhlig eine Nachricht nach dem aus den letzten zehn Jahren bekannten Prinzip Hoffnung bekannt.

Dem Antrag auf eine erneute Schonfrist für Fawzia Al Hassawi wollten mit vier Nein-Stimmen der FBB und zwei Nein-Stimmen der FDP sechs Stadträte nicht folgen. Eine deutliche Mehrheit folgte aber dem Schonfrist-Antrag. Alle anderen Tagesordnungspunkte und die dazu gehörenden Ergebnisse und Inhalte im *goodnews4*-Protokoll von Nadja Milke.

***goodnews4*-Protokoll von Nadja Milke zur 6. Sitzung des Gemeinderates am Montag, 27. Januar 2020**

Zu Beginn der Sitzung bat Oberbürgermeisterin Margret Mergen die Anwesenden, sich im Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 75 Jahren zu erheben. Sie rief dazu auf, Antisemitismus aktiv und entschieden entgegenzutreten und verlas die Namen der in Auschwitz ermordeten Baden-Badener:

Ida Besag, Gunzenbachstraße 37, † September 1942
Wolfgang Salomon Lange, Markgrafenstraße 29, kaufmännischer Lehrling, † 18.08.1943
Eugen Bruchsaler, Fabrikant, Gunzenbachstraße 8, für tot erklärt 31.12.1942
Hans Fried, Fabrikant, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, für tot erklärt 30.09.1942
Lina Geismar geb. Katz, Werderstraße 24, für tot erklärt 30.09.1942
Ludwig Geismar, Werderstraße 24, für tot erklärt 30.09.1942
Auguste Köhler, Sonnenplatz 1, für tot erklärt 12.08.1942
Theodor Köhler, Hotelier, Sonnenplatz 1, † 17.08.1942
Dr. Kurt-Heinz Lehmann, Kaufmann, Schillerstraße 3, † 1942
Julius Nachmann, Kaufmann „Wiener Bazar“, Sophienstraße 20, † 24.01.1944
Oskar Wolf, Grundstücksmakler, Lange Straße 16, † 11.08.1943
Prof. Karl Schieß, Lehrer Mädchenoberrealschule Baden-Baden, Ebersteinstraße 13, † 22.10.1942

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Stadtkämmerer Thomas Eibl informierte, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe den Doppelhaushalt 2020/2021, die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Stadtwerke und Umwelttechnik uneingeschränkt sowie die Kreditaufnahme in voller Höhe genehmigt habe.

OB Mergen ergänzte, dass das Regierungspräsidium die Stadt aber auch ermahnt habe, den Haushaltskonsolidierungsprozess weiterzuführen und die Investitionen an der eigenen Finanzierungskraft auszurichten, um die Kreditaufnahme zu reduzieren. Die Genehmigung sei kein Freifahrtschein, sondern man müsse bei Entscheidungen kritisch hinterfragen: «Brauchen wir das?»

TOP 2 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Keine Wortmeldungen.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen wies auf den Aushang im Rathaus hin.

TOP 4 Bebauungsplan 'Eberts' Garten'

a) Änderungsbeschluss + neue Bezeichnung

b) Beschluss über frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit

c) Städtebaulicher Vertrag

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Tagesordnungspunkt «Änderung des Bebauungsplans ,Industriegebiet Oos – 1. Änderung‘, modifizierter Bekräftigungsbeschluss sowie Beschluss über frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit» wurde im Bau- und Umlegungsausschuss am 02.05.2019 und daher auch im Gemeinderat am 06.05.2019 abgesetzt. Aufgrund eines Antrags der SPD-Fraktion wurde der Punkt in der Sitzung vom 24.06.2019 wieder auf die Tagesordnung genommen. Dort wurde dem Antrag, das Gebiet «Eberts' Garten» aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplans «Industriegebiet Oos» herauszunehmen und überwiegend zu Wohnbauzwecken – wie im u.a. Antrag erläutert – zu nutzen mehrheitlich bei 24 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung zugestimmt. Der Bau bezahlbarer Wohnungen sei die drängende, primäre Aufgabe der Kommune. Diese Tatsache wäre ausschlaggebend für den Antrag der SPD-Fraktion gewesen. Man kann sich nicht vorstellen, dass sich in diesem Bereich ein großes bzw. störendes Gewerbe ansiedeln möchte. Außerdem obliege es letztlich dem Gemeinderat, welche Entwicklung ein Gebiet nehme. Der richtige Weg wäre, hier die Wohnnutzung der gewerblichen Nutzung vorzuziehen. Am 25.7.2019 hat der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung die Teiländerung des Bebauungsplanes «Industriegebiet Oos» vom 09.10.1964 gemäß den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) laut dem Geltungsbereich des Lageplans vom 27.06.2019 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB beschlossen. Ferner hat der Gemeinderat beschlossen, die Teiländerung des Bebauungsplanes «Industriegebiet Oos» unter der Bezeichnung «Gewerbegebiet Oos Süd» weiterzuführen sowie gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 BauGB von den frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Umweltsprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB abzusehen.*

(...)

Mit Schreiben vom 11.11.2019 liegt ein interfraktioneller Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FBB, FW und FDP nach § 34 GemO vor. Dort wird beantragt, 1. das Areal der Gärtnerei Eberts analog dem Bauungs- und Nutzungskonzept der Fa. Treubau (siehe Anlage 3) zu Art und Maß der baulichen Nutzung mit einem Bauungsplanverfahren nach § 13 a BauGB für Pflegeeinrichtungen, sozial gefördertem Wohnraum sowie freifinanziertem Wohnungsbau zu überplanen und dieses Verfahren einzuleiten. 2. den Flächennutzungsplan in einem Parallelverfahren zu ändern 3. das Vorhaben im Gestaltungsbeirat dann zu behandeln, wenn ein fortgeschrittener Planungsstand vor Bauantragsstellung erreicht sein wird, um anhand der Entwurfsplanung die städtebaulich, architektonisch-gestalterische Qualität sicherzustellen.

Im Rahmen des vorliegenden Bauungsplanverfahrens «Eberts' Garten» wird im Zusammenhang mit einer gerechten Abwägung der öffentlichen und privaten Belange – untereinander und gegeneinander – zu prüfen sein, inwieweit das direkte Nebeneinander von genehmigten sowie künftig zu erwartenden emittierenden Nutzungen im Gewerbegebiet mit den laut o.g. Nutzungskonzept beabsichtigten Wohnnutzungen mit den jeweiligen Verfahren «Gewerbegebiet Oos-Süd» sowie «Eberts' Garten» planungsrechtlich umgesetzt werden kann. (...) Mit dem Geschäftsführer der Fa. Treubau wurde so verblieben, dass sowohl die Treubau ihren Entwurf wie oben beschrieben weiterentwickelt als auch die Stadt mit einem noch zu beauftragenden Planungsbüro auf Basis des vorliegenden Nutzungskonzeptes städtebauliche Alternativen auf Grundlage des Beratungsergebnisses im Gestaltungsbeirat untersuchen wird.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 5 Interfraktioneller Antrag zur Aufhebung des Bebauungsplans 'Neues Schloss'

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Mit Schreiben vom 24.10.2019 liegt ein interfraktioneller Antrag der Fraktionen FBB, Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP auf Aufhebung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes «Neues Schloss» sowie dessen nicht verbindlicher 1. Änderung vor. Da Bebauungspläne eine geordnete städtebauliche Entwicklung gewährleisten sollen, ist es im Allgemeinen unumgänglich, mit ihrer Aufhebung zugleich darüber zu entscheiden, welche städtebauliche Ordnung - die planersetzenden §§ 34, 35 BauGB oder ein neuer Bebauungsplan - an die Stelle der mit dem Plan vor dem Aufhebungsbeschluss beabsichtigten Ordnung treten soll. Auch der Aufhebung eines Bebauungsplans muss wegen ihrer Eingriffsqualität eine ordnungsgemäße Abwägung der abwägungsrelevanten Belange vorausgehen. Sie muss durch einen hinreichend gewichtigen städtebaulichen Grund gerechtfertigt sein. Die Antragsteller beantragen, dass mit dem Einleitungsbeschluss das Verfahren der Aufhebung angestoßen sowie die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit durchgeführt wird. Etwaige Entschädigungspflichten werden mit dem Einleitungsbeschluss nicht ausgelöst.

goodnews4.de [berichtete](#).

Oberbürgermeisterin Mergen teilte mit, dass seit dem Mittag ein Vertagungsantrag der Grünen-Fraktion vorliege.

Sabine Iding-Dihlmann, Grünen-Fraktionsvorsitzende, begründete den Vertagungsantrag ihrer Fraktion damit, dass es in der nichtöffentlichen Sitzung des Bauausschusses am vergangenen Donnerstag «einige positive Signale» gegeben habe und sie wollten der Schlosseigentümerin Fawzia Al Hassawi vier Wochen Zeit einräumen, um sich zu «bewähren und deutliche Signale an uns zu setzen». Der Antrag zur Aufhebung des Bebauungsplans solle dann in vier Wochen wieder zur Abstimmung im Gemeinderat vorgelegt werden. Auf die «positiven Signale» ging sie inhaltlich nicht weiter ein, da es sich um Informationen handelt, die in nichtöffentlicher Sitzung besprochen wurden. *goodnews4.de [berichtete](#).*

OB Mergen ließ ohne weitere Stellungnahmen über den Antrag abstimmen, der bei vier Nein-Stimmen der FBB und zwei Nein-Stimmen der FDP angenommen wurde.

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig verkündete, dass in der nächsten öffentlichen Bauausschusssitzung am 13. Februar ein Vertreter der Eigentümerin über die aktuellen Entwicklungen zum Neuen Schloss informieren werde.

Rolf Pilarski, FDP-Fraktionsvorsitzender, wollte begründen, warum er gegen den Vertagungsantrag der Grünen gestimmt hat, kam aber nicht weit. Nach den Worten «Wollen Sie weiter an dem Bebauungsplan festhalten? Die CDU verkauft den Bürgern seit vielen Jahren einen Traum...», wurde er von Oberbürgermeisterin Mergen unterbrochen, denn es seien nach Geschäftsordnung des Gemeinderats keine Stellungnahmen zu dem Antrag zugelassen. Sie beendet den Tagesordnungspunkt mit der Aussicht, dass das Thema «uns weiter beschäftigen» werde und «mit Sicherheit interessant» werde.

Rolf Pilarski gab seine Stellungnahme den anwesenden Pressevertretern schriftlich zur Kenntnis:

«Wollen Sie weiter an dem Bebauungsplan festhalten? Die CDU verkauft den Bürgern seit vielen Jahren einen Traum, der aus betriebswirtschaftlicher Sicht nur zum Alptraum werden kann. Alle bisherigen Versprechungen der Verwaltung, der Mehrheitspolitik und auch seitens der Eigentümerin sind letztendlich im Sande verlaufen und das Schloss hat immer noch keine sinnvolle Nutzung.

Sie wollen den interfraktionellen Antrag zur Aufhebung des Bebauungsplanes in ‚Reserve‘ halten, um mit diesem nötigenfalls für den Erhalt der historischen Gebäudesubstanz zu sorgen. Das ist nach unserer Meinung der falsche Ansatz, denn...

Die Eigentümerin ist nach dem Denkmalschutz Baden-Württemberg im Rahmen der Zumutbarkeit zum Erhalt verpflichtet! Falls sie es nicht kann, sollte sie es verkaufen, das Regierungspräsidium führt einen Katalog der verkäuflichen Kulturdenkmale...

In dem uns aktuell vorgelegten Jour fixe Protokoll vom 15. Januar ist auch nur von Erhaltungsmaßnahmen die Rede, kein Wort über Meilensteine der Projektentwicklung! Es wird damit argumentiert, dass für Geldgeber verlässliche Rahmenbedingungen bestehen müssen, zu denen auch der Bebauungsplan gehöre. Das war doch viele Jahre der Fall! Auch die aufgeführten aktuell niedrigen Zinsbedingungen, die Sparer in Deutschland sukzessive enteignen, gibt es bereits seit längerer Zeit. Es gibt keine neuen Argumente seitens der Eigentümerin. Allein es fehlt weiterhin – aus gutem Grund – eine belastbare Finanzierungslösung für den Hoteltraum in seiner genehmigten (Städtebaulicher Vertrag) Fassung.

Wir Liberale waren von Anfang an gegen das Projekt, wir wollen keine Wohnbebauung im Schlosspark, noch viel weniger wollen wir eine Tiefgarage auf dem Florentinerberg, aus dem unsere Heilquellen fließen. Wenn wir einzelne Bäume schützen, muss der Veränderungsschutz ganz besonders für unsere Heilquellen gelten, für die wir jedes denkbare Risiko ausschließen wollen und für die wir als aktuell handelnde liberale Politiker Verantwortung übernehmen.»

TOP 6 Jahresabschluss der Stadt Baden-Baden 2016 Kenntnisnahme des Ergebnisses des Jahresabschlusses 2016 sowie Beschluss über Berichtigungen der Eröffnungsbilanz

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung:

1. Der Gemeinderat nimmt vom Ergebnis des Jahresabschlusses 2016 Kenntnis.

- Gesamtergebnis der Ergebnisrechnung: 10.051.340,04 Euro
- Änderung des Finanzierungsmittelbestandes der Finanzrechnung: -12.371,14 Euro
- Liquide Mittel: 20.236.174,68 Euro
- Liquide Mittel mit Einlagen aus Kassenmitteln: 30.743.311,44 Euro
- Schuldenstand aus Investitionskrediten: 29.065.398,02 Euro

2. Der Jahresabschluss wird dem Rechnungsprüfungsamt gemäß § 110 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) zur örtlichen Prüfung übergeben und der Antrag auf Feststellung des Jahresabschlusses 2016 gestellt.

3. Der Gemeinderat beschließt die unter Ziffer 14 des Anhangs zum Jahresabschluss 2016 (Gliederungsnummer 9.2, Seite 75 ff. des Rechenschaftsberichts 2016) dargestellten Korrekturen der Eröffnungsbilanz gemäß § 63 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 7 Anfragen aus dem Gemeinderat

Werner Schmoll, SPD, stellte Fragen zu dem Verlust in Höhe von 300.000 Euro für die Parkgaragensgesellschaft beim Cineplex-Parkhaus, wo sie sich die Stadt Baden-Baden «mit 500.000 Euro eingekauft hat» und das Nutzungsrecht für 132 Stellplätze habe, während der Eigentümer des Parkhauses über 218 Stellplätze verfüge. Er fragte, ob es eine Verlustaufteilung zwischen der Stadt und dem Eigentümer gebe und ob der Eigentümer noch «zusätzlich eigene Verluste» habe. OB Mergen sagte eine schriftliche Antwort zu. Werner Schmoll fragte nach den Kosten für das «Shuttlebus-Experiment» der Stadtwerke im Sommer zwischen Cineplex-Parkhaus und Hardbergbad. Er wollte auch wissen, wie hoch der Verlust gewesen ist und wo er verbucht wurde – bei den Bädern oder den Verkehrsbetrieben. Auch dazu sagte OB Mergen eine schriftliche Antwort zu. Schließlich warb Werner Schmoll noch für einen Aktionstag «zu Fuß zur Schule», für den man auch auf die Mitwirkung der «Fridays for Future»-Bewegung hoffen könne. Er fragte auch nach dem von der Stadtverwaltung neu eingerichteten «Elternhalt», über den Bürgermeister Roland Kaiser heute bei einem Pressegespräch informieren will. Bürgermeister Kaiser erklärte, dass der «Elternhalt» eine überregionale Initiative sei, die in mehreren Städten «scheinbar gut» funktioniere. Die Stadtverwaltung habe im Umfeld von drei Schulen Plätze gesucht, wo die Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen, anhalten könnten, ohne den Verkehr oder die anderen Kinder zu gefährden. An den drei Standorten sollen nun Erfahrungen gesammelt werden, um dann zu entscheiden, ob das Projekt ausgeweitet werde.

Heinz Gehri, Freie Wähler, kritisierte, dass es keine Pauschalgebühr für die Entsorgung von Altpapier auf der Deponie mehr gebe, sondern nach Gewicht abgerechnet werde, wodurch die Kosten deutlich gestiegen seien. Bei dem Entsorgungsunternehmen MERB würde man «bedeutend weniger» für mehr Papier bezahlen. Der Preis für Papier sei gesunken und das werde nun beim Bürger «abgeholt». «Das kann ich nicht verstehen.» Erster Bürgermeister Uhlig sagte zu, der Sache nachzugehen.

Ansgar Gernsbeck berichtete von einem Baum vor dem Cité-Kreisel, der sich zu einem «Taubenbrutplatz der größeren Art» entwickelt habe. Rund 80 Tauben vermutet der CDU-Fraktionschef auf dem Baum und befürchtet Verkehrsgefährdungen. Er bat die Stadtverwaltung, Maßnahmen zu ergreifen, um die Tauben zu vertreiben.

Markus Fricke, FBB, fragte, ob die Stadtverwaltung wie vereinbart zu der Baustelle in der Seelachstraße «verjährungsunterbrechende Maßnahmen» ergriffen habe. Rechtsamtsleiter Axel Eble, sagte, dass Klage erhoben worden sei und den Betroffenen zugestellt werde. Markus erinnerte auch an eine Anfrage seines Fraktionskollegen Martin Ernst, der die Stadtverwaltung im letzten Jahr aufgefordert hat, Schadensersatzansprüche zu prüfen im Rahmen der Vergabe des ersten Bauabschnitts für die Sanierung des Leopoldsplatzes. goodnews4.de [berichtete](#). Erster Bürgermeister Uhlig kündigte an, in der nächsten nichtöffentlichen Bauausschusssitzung über das Ergebnis der Untersuchung zu berichten. Schließlich forderte er eine Information durch das Rechtsamt, warum in Tagesordnungspunkt 5 ohne Aussprache über den Vertagungsantrag zum Neuen Schloss abgestimmt wurde. Er zitierte aus der Geschäftsordnung, wonach erst abgestimmt werden dürfe, wenn jede Fraktion durch eine Person Stellung genommen habe. OB Mergen kündigte eine schriftliche Antwort des Rechtsamtes an.

Heinrich Liesen, FBB, fragte wie die Stadt Baden-Baden sich auf das Corona-Virus einstelle, da viele Besucher aus China nach Baden-Baden kämen. OB Mergen sagte, die Gesundheitsämter auf Kreis- und Landesebene seien geschult und informiert und wies darauf hin, dass man bei Symptomen gleich den Notruf wählen und nicht erst in eine Arztpraxis gehen solle.

Werner Henn, SPD, regte einen Veranstaltungskalender für alle Veranstaltungen in Baden-Baden an, damit Veranstaltungen terminlich besser aufeinander abgestimmt und so Staus vermieden werden könnten. OB Mergen sagte, die Stadtverwaltung spreche die «Kultur-Akteure» immer wieder an, aber Überschneidungen ließen sich nicht vermeiden. Er solle es als «Geschenk» einer Stadt mit einem reichhaltigen Kulturangebot betrachten.

René Lohs, FDP, fragte OB Mergen, ob es ihr bewusst sei, dass sie bei Tagesordnungspunkt 5 gegen die Geschäftsordnung verstoßen habe. OB Mergen kündigte auch ihm eine Antwort des Rechtsamtes an.

Martin Kühne, AfD, fragte, ob an der Schlossbergtangente, wo kurz nach Weihnachten bei einem Unfall eine 16-Jährige tödlich verletzt wurde, eine «wirksame Beschilderung» angebracht werden könne. *goodnews4.de* [berichtete](#). Bürgermeister Kaiser teilte mit, dass eine «Verkehrsschau» stattgefunden habe und nun ein Schild mit der Aufschrift «Vorsicht gefährliche Kurve» angebracht werde.

René Lohs, FDP, fragte warum der Gemeinderat nicht über die Möglichkeit informiert wurde, auf das Prädikat «Kurort» oder «Heilbad» auf den Ortseingangsschildern hinzuweisen. *goodnews4.de* [berichtete](#). OB Mergen, antwortete, dass man «nichts versäumt» habe, sondern die Ergebnisse der Luftqualitätsprüfung abwarten und dann das Thema mit dem Gemeinderat diskutieren wolle.

Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionschef, berichtete von seiner Busfahrt mit der Linie 218 zur Gemeinderatssitzung gemeinsam mit seiner Fraktionskollegin Karin Fierhauser-Merkel. Der Busfahrer habe seine Busfahrkarte nicht etwa in den «Entwerter» geschoben, sondern einen Kugelschreiber gezückt und handschriftlich Datum und Uhrzeit der Fahrt auf der Fahrkarte vermerkt. Einen «Entwerter» gäbe es nicht. Da er diese Prozedur nicht nur an einer Haltestelle wiederholte, hatte der Bus schließlich rund 5 Minuten Verspätung, so die Schilderung von Kurt Hochstuhl. Das können man «unmöglich als BBL 4.0 verkaufen». Erster Bürgermeister Alexander Uhlig fragte ungläubig, ob es sich um einen Bus der BBL gehandelt habe und die Geschichte gehöre «unter die Rubrik ‚kaum zu glauben‘» Er werde der Sache nachgehen.

Rolf Pilarski, FDP-Fraktionsvorsitzender, fragte, wann der Lärmaktionsplan der Stadt Baden-Baden vorgelegt werde. Bürgermeister Kaiser stellte dies für die Sitzung im März in Aussicht.